

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Damen und Herren Stadtverordnete,
sehr geehrte Damen und Herren,

Das beherrschende Thema des Jahres 2009 waren die globale Finanzkrise und die dadurch ausgelöste Wirtschaftskrise. Das politische Geschehen in Deutschland stand ganz im Zeichen der Bewältigung dieser Krise. Mit dem Beginn des Jahres 2010 ist es jedoch in der politischen Diskussion um dieses Thema bemerkenswert ruhig geworden, obwohl die finanziellen Herausforderungen, vor denen Deutschland und auch die Stadt Lüdinghausen in diesem Jahr stehen werden, gewaltig sind. Der Bund wird die Rekordsumme von 82 Milliarden € an neuen Schulden aufnehmen müssen, die Steuern werden auf Bundesebene um mehr als 37 Milliarden € zurückgehen und auch die Länder werden mehr als 25 Milliarden € weniger an Steuern einnehmen. Von diesen Auswirkungen wird auch Lüdinghausen direkt über eine Verringerung des Gewerbesteueraufkommen und Einkommensteuerertrages betroffen sein.

Der Rat der Stadt Lüdinghausen kann sich vor diesen Problemen nicht verstecken, denn die Auswirkungen werden für alle Bürgerinnen und Bürger ganz konkret sein. Für uns in Lüdinghausen geht es in diesem und im nächsten Jahr um die Fragen:

Können wir uns den Betrieb des Hallenbads leisten?

Können wir uns den Bau und die Unterhaltung einer Leistungssporthalle leisten?

Können wir die Belastungen aus der gesetzlich vorgeschriebenen U-3 Kinderbetreuung aufbringen?

Kann Lüdinghausen als mittlere kreisangehörige Stadt einen finanziellen Nutzen daraus erzielen ?

Kann durch die Netzgesellschaft langfristig Einnahmen erzielt werden ?

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der vom Bürgermeister vorgelegte Haushalt der Stadt Lüdinghausen soll Antworten auf genau diese Frage geben und er sollte einen Weg aufzeigen wie wir mit den Herausforderungen der nächsten Jahre umgehen werden. Genau das findet man im städtischen Haushalt nicht, finanzpolitische Zielsetzungen finden sich dort nicht wieder. Der Haushalt beschönigt die Haushaltssituation sogar noch, indem unrealistische Gewerbesteuererinnahmen prognostiziert werden.

Noch vor Einbringung des Haushalts wurde von der schwarz-gelben Ratsmehrheit in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss vom November des vergangenen Jahres ein kassenwirksames Einsparziel in Höhe von 500.000€ als Haushaltsziel ausgegeben. Dieses Einsparziel sollte unter anderem durch Einsparungen bei den Personalaufwendungen erreicht werden. Hier hat die UWG von Anfang an klar gemacht, dass sie zusätzliche Belastungen für die Beschäftigten der Stadt nicht mittragen wird. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind für die Finanzmisere der Stadt nicht verantwortlich zu machen, die Belastungsgrenze der Mitarbeiter ist nach den Worten des Bürgermeisters erreicht.

In der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss im März haben FDP und CDU als Haushaltsziel eine „pauschale Einsparung bei den Sachaufwendungen in Höhe von nur noch 200.000€“ gefordert. Um dieses Ziel zu erreichen sollen bei den Planzahlen für das Jahr 2010 die Planungszahlen des Jahres 2008 zu Grunde gelegt werden. Diese Vorgaben sollte die Verwaltung umsetzen.

Allgemeine Preissteigerungen in den letzten zwei Jahren, sowie insbesondere die Preissteigerungen im Energiebereich werden einfach ausgeblendet. CDU und FDP wollen einfach die Zeit anhalten und dann wird es schon billiger werden.

Noch offensichtlicher kann man den Bürgerinnen und Bürgern nicht zeigen, dass man mit seinem Latein am Ende ist. Hier stehlen sich CDU und FDP aus der Verantwortung. Sparen ja, aber die Umsetzung überlassen sie der Verwaltung.

Die Forderung nach pauschaler Einsparung in Höhe von 200.000€ kann man nur als realitätsfern bezeichnen.

Die geforderten Einsparungen helfen zudem auch nicht weiter bei dem prognostiziertem Haushaltsdefizit. Ganz im Gegenteil muss nach strukturellen Verbesserungen im Haushalt gesucht werden, um auch eine dauerhafte bzw. nachhaltige Rückführung der Ausgaben realisieren zu können.

Das heißt:

Einmal-Effekte bringen nichts in der Situation, in der sich die Stadt Lüdinghausen befindet. Vielleicht muss andersherum auch erst noch investiert werden, damit in Zukunft eine Konsolidierung möglich ist.

Bei den Haushaltsberatungen haben CDU und FDP keinen einzigen Vorschlag aus der UWG auf Kostenreduzierung ernsthaft diskutiert.

Die vorgeschlagene Aussetzung der Sanierung der Klostermauer und der Zufahrt zur Sporthalle Antonius Gymnasium wurde mit der schwarz-gelben Ratsmehrheit einfach vom Tisch gewischt.

„Alle Investitionsmaßnahmen müssen auf den Prüfstand“ so in der Presseerklärung der CDU vom Februar.

Tatsächlich wurden nur einige Sperrvermerke bei Straßenbaumaßnahmen gesetzt. Eine Diskussion über die Investitionsmaßnahmen für die Leistungssporthalle oder die Umbaumaßnahme Marktplatz fand ebenso nicht statt. Eigene Impulse der CDU / FDP Mehrheit sind nicht erkennbar, es kam nichts auf den Prüfstand, den großen Worten der Ankündigung folgten keine Taten.

Stattdessen soll so wie bislang weiter gemacht werden. Auch hier wieder das Beispiel „Leistungssporthalle“: Im Haushalt werden für die Ausrichtung des städtischen Wettbewerbs 42.000€ und nochmal 100.000€ an Planungskosten für die Leistungssporthalle angesetzt. Bislang gibt es weder eine gesicherte Grundlage für die Finanzierung noch eine Einigung über die Aufteilung der Betriebskosten. Die Finanzierung steht auf tönernen Füßen, trotzdem soll der städtebauliche Wettbewerb ausgeschrieben werden.

So sieht der „zukunftsweisende Haushalt“ der CDU/FDP aus!!

Es wird den Bürgern und Bürgerinnen wieder einmal Hoffnung gemacht und etwas versprochen, was in Wirklichkeit später unter fadenscheinigen Gründen nicht zum Tragen kommt. Darauf läuft im Endeffekt auch die Hallenbadsituation hinaus: Jeder weiß, dass sich die Stadt das Hallenbad in der früheren Form eigentlich nicht mehr leisten kann, niemand von der Mehrheitsfraktion und der Verwaltung traut sich indes die Wahrheit zu sagen.

Die Verwaltung hat in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss erklärt, dass sie die Kosten für Personalaufwendungen nochmals um 225.000€ reduzieren konnte. Hierbei sollen Fehlstellen, die durch Elternzeit oder Mutterschaftszeiten entstehen, nicht befristet besetzt werden. Bereits jetzt schon wird neu eingestelltes Personal unter Ausnutzung der tarif-rechtlichen Bestimmungen niedriger eingruppiert oder niedriger besoldet als die bereits Beschäftigten. Bei gleicher Arbeit wird es zukünftig ungleiche Bezahlung geben. Dies führt unweigerlich zu einer weiteren Arbeitsbelastung und Arbeitsverdichtung der übrigen Beschäftigten. Hier wird auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gespart.

Herr Bürgermeister,

Sie kritisieren die Steigerung der Kreisumlage auf die diesjährige Rekordsumme von 13,4 Millionen €. Sie sehen gar die „verfassungsmäßig garantierte Finanzhoheit der Kommunen“ gefährdet. Auf den ersten Blick mag dies sein, sie stellen hier die Stadt Lüdinghausen als Leidtragende der Entscheidungen des Kreises dar. Die Summe von 99 Millionen €, die in den vergangenen zehn Jahren an den Kreis abgeführt wurden, ist für sich gesehen sehr beeindruckend und man bekommt das Gefühl, dass Lüdinghausen hier finanziell ausblutet.

Dem möchte ich eine andere Zahl gegenüber stellen:

Lüdinghausen hat in den Jahren 2005 bis 2010 aus den Schlüsselzuweisungen des Landes mehr als 37,7 Millionen € erhalten, im gleichen Zeitraum hat Lüdinghausen einen Anteil an der Einkommenssteuer von mehr als 43,8 Millionen € zugewiesen bekommen. Das ergibt über den Zeitraum von nur fünf Jahren mehr als 81,5 Millionen €!

Unberücksichtigt sind für den gleichen Zeitraum die Zahlungen aus den zweckgebundenen Zuweisungen der Schulpauschale, Sportpauschale, Investitionspauschale und dem Familienlastenausgleich in zweistelliger Millionenhöhe.

Wenn Sie die eine Wahrheit nennen, Herr Bürgermeister, dann sollten Sie die andere Wahrheit nicht verschweigen!

Ich möchte daran erinnern, dass Ihre Partei, die CDU, den Landrat in Coesfeld stellt, dass Ihre Partei die absolute Mehrheit im Kreistag hat, dass seit Mai 2005 Nordrhein-Westfalen einen CDU Ministerpräsidenten hat und seit Herbst letzten Jahres sogar die schwarz-gelbe, sogenannte „Wunschkoalition“ in Berlin regiert. Regieren war für die CDU noch nie einfacher als jetzt, in allen Regierungsebenen sind sie führend, warum ändert sich denn nichts an der finanziellen Situation der Kommunen?? Wo bleibt denn die Verantwortung Ihrer Mandatsträger auf Kreis- Landes- und Bundesebene für die Finanzen der Kommunen??

Meine Damen und Herren,

der Haushalt sieht eine Reduzierung der Ausgleichsrücklage um 2,89 Millionen € vor, damit ist die dann noch verbleibende Summe in dieser Rücklage auf 640.000 € zusammen geschmolzen. Nach Berechnungen der Verwaltung wurde die Verschuldung der Stadt kontinuierlich zurück geführt. Bei genauerer Betrachtung ergibt sich jedoch ein ganz anderes Bild. Noch immer fehlt seit der Einführung des NKF Haushaltes in 2008 eine verbindliche Eröffnungsbilanz. In der dem Haushalt 2010 beigegefügt, vorläufigen Eröffnungsbilanz sind weder die erforderlichen Rückstellungen für das Hallenbad vorgenommen worden, noch sind die Verpflichtungen für das Hallenbad dargestellt worden. Tatsächlich müssen die Schulden in Höhe von 9,5 Millionen € des Hallenbades dem städtischen Schuldenberg hin zu gerechnet werden, die Verschuldung steigt somit auf mehr als das Doppelte, auf 17,4 Millionen €. Im Haushalt finden sich auch keine Angaben über die Tilgung und die Zinslast für das Hallenbad.

Am Rande sei nur bemerkt, dass den Schulden des Hallenbades nur noch ein Buchwert des Gebäudes von wenigen Millionen € gegenüber steht, somit müsste das Hallenbad auch im städtischen Haushalt abgeschrieben werden und würde damit zu einer weiteren Belastung führen.

Wir werden in diesem Jahr den Ausbau der U3 Kinderbetreuung weiter vorantreiben. Die Stadt wird ihren Anteil an den Baumaßnahmen wie vom Gesetzgeber gefordert dabei aufbringen. Allerdings lassen uns genau diese Politiker bei den zukünftigen Belastungen durch die Personalkosten im Stich. Ab dem Jahr 2013 werden sich diese Kosten auf jährlich 500.000 € summieren. Wie die Stadt diese Bürde schultern soll, bleibt uns allein überlassen. In Anbetracht dieser Zahlen ist es das gute Recht des Rates die Eigenbeteiligung an den Baumaßnahmen so effizient wie möglich zu gestalten und den städtischen Anteil auf 5 % der Kosten zu belassen. Vielleicht ist dies der Beginn einer anderen Zeit, einer Zeit in der nicht mehr alle Ansprüche, egal ob begründet oder nicht, befriedigt werden können. Egal ob U3 Kinderbetreuung, Leistungssporthalle oder Hallenbad, es sind nicht unbedingt die einmaligen Baukosten, die uns das finanzielle Überleben schwer machen, es sind die dauerhaften Betriebs- und Personalkosten, die den Handlungsrahmen des Budgets ein schnüren. Bei allen Investitionsmaßnahmen muss die Stadt genau darauf den Blick richten.

Schon jetzt ist der reale Zustand der Finanzen viel schlechter als von der Verwaltung vorgestellt. Beim Blick in die nahe Zukunft wird das ganze Ausmaß der Misere deutlich.

Für das Jahr 2010 kann die Stadt vielleicht noch mit einer schwarzen Null an liquiden Mitteln abschließen, ab dem Jahr 2011 sieht es nun ganz schwarz aus. Nach Planungen der Verwaltung sind für das Jahr 2011 neue Schulden in Höhe von 2,8 Millionen € vorgesehen, der Schuldenberg wächst ohne Hallenbad auf dann 11,2 Millionen €. Im Jahr 2012 beträgt die Schuldenlast dann 13 Millionen € und wächst auf 13,8 Millionen € im Jahr 2013. Ob die Gewerbesteuer- und Einkommenssteuereinnahmen in 2010 tatsächlich so stabil bleiben wie von der Verwaltung erhofft, bleibt abzuwarten. Nicht jeder Wirtschaftsexperte teilt den Optimismus, dass wir die Talsohle bereits durchschreiten. Gerade in der Entwicklung dieser beiden Steuerarten stecken viele Unwägbarkeiten.

Es sollte daher im städtischen Interesse sein, die Einnahmen wo es möglich ist zu verbessern. Leider ist hier anzumerken, dass zu der Unfähigkeit die Ausgabenseite des Haushaltes ernsthaft zu beschneiden, der fehlende Wille hinzu kommt, die Einnahmeseite des Haushaltes zu verbessern. Hier fehlt der politische Gestaltungswille und eine richtungsbestimmende Zukunftskonzeption.

Wenn wir nicht jetzt und sofort das Ruder herum reißen, dann steuern wir direkt in die Haushaltssicherung. Möglicherweise sind wir es ja bereits jetzt schon, da das vorliegende Zahlenwerk auf Annahmen beruht und noch nicht alle Positionen formell bestätigt sind.

Ich erinnere nochmal an die Presseerklärung der CDU: „Alle Investitionsmaßnahmen müssen auf den Prüfstand“ Das ist richtig, aber genau jetzt und heute und nicht irgendwann in der Zukunft. Die schwarz-gelbe Ratsmehrheit verschließt die Augen vor der Realität und gefährdet damit die Zukunftsfähigkeit der Stadt. Das ist kein „zukunftsweisender Haushalt“!!

Meine Damen und Herrn,
wir werden mit diesem Haushalt nicht den Gemeindeduathlon „Entwickeln und Gestalten „ beschreiten können, wenn wir nicht

- die Belastungen gerechter verteilen,
- unsere Investitionen konsequent an Prioritäten und finanziellen Möglichkeiten ausrichten und
- nicht bei jedem staatlichen Zuschuss oder Förderung zu greifen, nur damit wir uns an den weiteren Betriebskosten übernehmen.

Die Zukunft Lüdinghausens wird nicht mehr mit großen Versprechungen vorangetrieben, sondern es wird nur noch in kleinen Schritten vorangehen. Die Bürgerinnen und Bürger werden es verstehen, man sollte es ihnen nur ehrlich sagen.

Meine Damen und Herren,

Lüdinghausen ist mit dem Hallenbad schon zweimal Baden gegangen und wir müssen alles daran setzen, dass sich so ein Fiasko nicht zum dritten Mal wiederholt. Der Ausstieg der s.a.b. aus dem Vertrag hätte genutzt werden müssen, um über eine Neuausrichtung des Hallenbadkonzepts nach zu denken und den Weg zu beschreiten, den wir jetzt ohnehin gehen müssen. Wir haben nicht nur wertvolle Zeit verloren, sondern auch unsere finanziellen Spielräume, die wir 2008 noch hatten, eingebüßt. Zu diesem Zeitpunkt hätte man die Verträge zwischen der Stadt und der s.a.b. auf den Prüfstand stellen müssen, um die finanziellen Auswirkungen einer erneuten Pleite genau einschätzen zu können. Notwendige Konsequenzen aus der Pleite mit der s.a.b. wurden nicht gezogen, es gab keine Daten über Besucherzahlen, Kosten, Investitionen. Eine Bilanz oder ein Wirtschaftsplan waren nicht zu bekommen. Bei dem Betreiberwechsel hätten genau die Prüfungs- und Sanktionsmechanismen über die wir jetzt bei der Ausschreibung reden, in den Vertrag eingebaut werden müssen.

Die UWG hält dies für ein gravierendes politisches Versäumnis.

Es drängt sich der Verdacht auf, dass es in der Absicht der politischen Akteure stand, einen möglichst geräuschlosen Übergang von der s.a.b. auf Herrn Merkle hin zu bekommen. Es war für die Bürger und auch für einige Stadtverordnete offensichtlich, dass das Thema „Hallenbad“ ein Jahr vor der Kommunalwahl aus der politischen Diskussion heraus gehalten werden sollte. Nur ein knappes Jahr später war es dann wieder soweit: Im Sommer 2009 musste Herr Merkle aufgeben.

Obwohl die Verwaltung spätestens im August auf die erneute Schließung des Hallenbades reagieren musste, wurde die Öffentlichkeit erst im September, also erst nach, und ich betone nochmals, nach der Kommunalwahl, über diesen Vorgang informiert. Die Gründe für diese Verschleierung der Tatsachen liegen auf der Hand.

Auf mehrfachen Nachfragen der UWG auf der Konstituierenden Sitzung des Stadtrates im Oktober letzten Jahres, ab wann die Verwaltung die Kosten für Strom oder Heizung des Hallenbades übernommen hat, wurde nur ausweichend geantwortet. Es ist erstaunlich, dass niemand aus der Verwaltung oder dem Rat die politische Verantwortung für dieses Desaster übernommen hat, auch persönliche Konsequenzen wurden nicht gezogen.

Für die UWG gilt mit Blick auf die nun beginnende Ausschreibung: Die Höhe des Betriebskostenzuschuss darf nicht die Grenze der Belastungsfähigkeit der städtischen Finanzen überschreiten oder zu neuer Schuldenaufnahme führen. Die UWG wird erst nach Vorlage des genauen Bedarfs des Betriebskostenzuschuss aus städtischen Mitteln eine Entscheidung pro oder contra Hallenbad treffen.

Die Gemeindeprüfungsanstalt hat in ihrem Gutachten die Notwendigkeit einer Anliegerbeteiligung an den Kosten der Wirtschaftswege im Außenbereich angemahnt. Zum dritten Mal in Folge will die CDU dieser berechtigten Forderung nicht nachkommen.

Eine Kostenbeteiligung will die CDU unter allen Umständen vermeiden. Das ist keine Wirtschaftsförderung, das ist reine Klientelpolitik auf Kosten des Steuerzahlers!! 432.000€ werden wir in diesem Jahr für die Wirtschaftswege ausgegeben.

Dabei gibt es Mittel und Wege, die Anlieger in angemessener Form an diesen Kosten zu beteiligen. Dazu zählt zu erst die Bestandsaufnahme des vorhandenen Wegenetzes und eine Einstufung in Nutzungsklassen. Daran muss sich eine Diskussion über die von der Stadt zu unterhaltenden Wege anschließen und die Entwidmung von Wegen, die für die Öffentlichkeit nicht mehr von Nutzen sind.

Es ist an der Zeit die Belastungen gerechter zu verteilen. Der finanzielle Aufwand für die Wirtschaftswege gehört dazu! Für die Bewohner des Außenbereich ergibt sich eine Belastung aus der Grundsteuer von rund 55 € pro Einwohner im Vergleich zu 142 € pro Einwohner im Innenbereich, zählt man noch die geringere Belastung bei den Gebühren für Abwasser und Abfallentsorgung hinzu und unterstellt man dann noch den finanziellen Vorteil von kostenlosem Bauland auf den eigenen Höfen, so ist durchaus eine angemessene Kostenbeteiligung der Anlieger vertretbar.

Die freiwilligen Ausschüsse wurden zu Beginn der Ratsperiode von sechs auf drei reduziert. Die UWG hat berechtigte Einwände über den Zuschnitt der drei freiwilligen Ausschüsse vorgebracht. Insbesondere der Zuschnitt des Bauausschuss und des Bildungsausschuss ist viel zu groß. Sitzungen dauern oft bis zu vier Stunden, die letzte Sitzung des Bauausschuss musste nach drei Stunden und fünfundvierzig Minuten abgebrochen werden und auf einen neuen Termin vertagt werden. Die erneute Sitzung dauerte dann nochmal eine Stunde und 15 Minuten. Die freiwillige Selbstbeschränkung auf eine dreistündige Sitzungsdauer ist somit völlig unrealistisch. Mit der Größe der Ausschüsse wird eine effektive Arbeit gefährdet. Hinzu kommt das Verhalten der Ausschussvorsitzenden der CDU den Beginn der Sitzungen auf 17 Uhr zu legen, anstatt wie vereinbart um 18 Uhr anzufangen. Durch den späteren Sitzungsbeginn sollten Einsparungen in der Ratsarbeit erzielt werden. Stattdessen muss die Stadt nun weiterhin den Verdienstaussfall ersetzen. Der Zuschnitt der Ausschüsse und die freiwillige Selbstbeschränkung haben sich als ein Fehlkonstrukt erwiesen. Hier sind dringend Änderungen im Sinne einer effektiven Ratsarbeit erforderlich.

Der Haushalt des Abwasserwerks wurde in der Sitzung des Betriebsausschuss gesondert behandelt und war nicht Gegenstand der Haushaltsberatungen. Allerdings ist das Abwasserwerk als Anhang dem städtischen Haushalt beigelegt. Darüber hinaus hat das Abwasserwerk direkte Auswirkungen auf das städtische Budget. Die Gewinne, die dort erzielt werden, sollen zur Finanzierung des städtischen Defizits herangezogen werden. Anders als es der Vorbericht zum Haushalt angibt, werden natürlich Gewinnanteile in Höhe von 290.000 € in diesem Jahr dem Haushalt zugeführt.

Die Aussichten für die nächsten Jahre sind noch gravierender:

2011 werden mehr als 830.000 € an Gewinn erwirtschaftet, im Jahr 2012 sollen es mehr als 1,1 Millionen € und im Jahr 2013 mehr als 1 Million € sein. Diese Gewinne können nur durch eine Gebührenerhöhung erzielt werden, die nicht notwendig sind, da die Kosten nicht entsprechend steigen werden und nur die Kosten dürfen mittels Gebühren umgelegt werden.

Hier kommt die Frage nach einer gerechten Belastung aller Bürgerinnen und Bürger auf:

80% der Einwohner kommen alleine für die Schulden und Verpflichtungen aus dem Haushalt auf, 20% der Bewohner, also alle im Außenbereich, brauchen sich an dieser Gemeinschaftsaufgabe nicht zu beteiligen.

So lange es keine gerechte Verteilung der Lasten gibt, fordert die UWG:

Herr Bürgermeister, geben Sie den Gebührendahlern die Gewinnanteile zurück, senken Sie die Gebühren!!

Meine Damen und Herren,

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Das vorliegende Zahlenwerk ist nicht in der Lage, die Haushaltssicherung im nächsten Jahr zu verhindern. Vermutlich wissen wir noch gar nicht, dass wir uns schon längst in diesem Zustand befinden. Der schwarz-gelben Koalition ist mit diesem Budget nicht der große Wurf gelungen, vielmehr wird der Weg der letzten Jahre weiter beschritten, Schönfärberei unter weitgehender Ausblendung der Wirklichkeit. Wer glaubte mit der FDP würde finanz-politische Vernunft in die Koalition einziehen, wurde enttäuscht.

Der großen Ankündigungspolitik auf Seiten der CDU entspricht die geräuschlose Erfüllungspolitik der FDP auf der anderen Seite. Zumindest in der Lautstärke unterscheidet sich diese schwarz-gelbe Koalition von der im Bund. Eigene Akzente der FDP sind in diesem Haushalt untergegangen. Einsparpotential will die Verwaltung ausschließlich zu Lasten der Beschäftigten erbringen, die Forderung der Koalition an die Verwaltung 345.00€ bei den Sachaufwendungen pauschal ein zu sparen, zeigen deutlich die ganze Hilflosigkeit dieser kraftlosen Koalition.

Dieser Haushalt gibt keine Antworten auf die drängendsten Fragen und Probleme unserer Stadt.

Die UWG lehnt diesen Haushalt ab.